

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe am Montag, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Verkäufer zugerechnet in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Die Postämter und Postboten sowie unsere Verkäufer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse, die den Betrieb des Blattes verhindern, wird die Verantwortung auf den Besteller übertragbar.



Interimspreis 2 M. für die 6 getragene Korpusgröße oder deren Raum, Resten, die 2-stellige Korpusgröße 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Korpusgröße 2 M. Nachmittags-Beilage 1 M. Anzeigenentwurf die normierte 10 Udr. für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 87.

Sonnabend / Sonntag 28. / 29. Juli 1923

## Amtlicher Teil

Die Amtshauptmannschaft Dresden hat die **Jugtiersteuerordnung für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meissen** vom 11. Juni 1923 mit dem dreifachen Betrag der gesetzlich zulässigen Steuerläge genehmigt. Die Steuerordnung kann bei den Stadt- und Gemeindebehörden eingesehen werden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß jedes im Laufe des Steuerjahres neu

hinzugekommene Jugtier binnen 14 Tagen bei der Gemeindebehörde zur Vermeidung einer Bestrafung nach den Strafbestimmungen des Gemeindesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. 10. 1920 anzumelden ist. **Meissen, 24. Juli 1923.** Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meissen.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Reichstag wird voraussichtlich in der nächsten Woche bereits wieder einberufen werden.
- \* Die Reichsregierung veröffentlicht zwei neue Protestnoten, in denen sie gegen die widerrechtliche Besetzung Barmens und den letzten Erlass der Rheinlandkommission Einspruch erhebt.
- \* Die Verkehrsperre über das besetzte Gebiet ist in der Nacht zum Donnerstag wieder aufgehoben worden.
- \* Die belgisch-französischen Verhandlungen wegen einer gemeinsamen Antwort an England sind ergebnislos verlaufen. Beide Regierungen werden gesondert antworten.
- \* Die Opposition im englischen Unterhaus verlangt wegen der Verschleppungspolitik Poincarés die Veröffentlichung der englischen Note.

### Das Gebot der Stunde.

Deutschlands Finanzen haben einen Tiefstand erreicht, bei dem keine deutsche Regierung in der Lage sein dürfte, die Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um Änderungen zu treffen. Während die Ruht von einer fremden Macht befehligt ist, ist dies auch tatsächlich unmöglich. Aber sobald die Reparationsfrage geregelt ist, wird die Reform der deutschen Finanzen unter ausländischer Aufsicht durchgeführt werden. Dies wird übrigens in Deutschland von allen Seiten zugegeben. Alles, was zurzeit in Deutschland geschieht, bestätigt die Ansicht führender Geschäftsleute, daß, wenn Europa von den Folgen eines schweren finanziellen Zusammenbruchs bewahrt bleiben soll, die Reparationsfrage sobald wie möglich gelöst werden müsse.

Die Londoner „Times“, die das schreiben, haben ungefähr den Kernpunkt unserer heutigen wirtschaftlichen finanziellen Situation getroffen. Deutschland kann nicht atmen, solange Frankreich die Hand an unserer Gurgel hat. Das wird aber gerade in Deutschland oft genug vergessen, werden doch der Regierung die Vorwürfe gemacht, die sich grundsätzlich gegen Frankreich richten. War man in Deutschland entschlossen, den Franzosen Widerstand zu leisten und damit das Risiko der Ruhrbesetzung auf sich zu nehmen — und dazu sind alle Parteien entschlossen gewesen —, so mußte man auch die wirtschaftlichen Folgen, die die Ruhrbesetzung mit sich bringen mußte, reslos auf sich nehmen. Das einzige, was wir tun können, ist, mit allen Mitteln zu versuchen, den deutschen Widerstand solange aufrechtzuerhalten, bis eine politische Lösung des wirtschaftlichen Kampfes erfolgt. Aber man muß sich dabei immer vor Augen halten, daß mit allen diesen Mitteln eine wirkliche Änderung nicht herbeigeführt werden kann, daß es alles eben nur Mittel sind, die uns notdürftig aufrechterhalten.

Die Frage der wirtschaftlichen Finanzierung des Ruhrkampfes ist ein solches Mittel, dessen Anwendung bereits in die Wege geleitet worden ist, und das nun wohl bald ganz außerordentlich verstärkt werden wird. Die für den Ruhrkampf aufgewendeten Milliarden sind ja nur zu ganz geringem Teil durch die der Geldentwertung folgenden Steuern aufgebracht worden; zahlreiche Steuern aber gibt es, deren Mechanismus sich dieser Geldentwertung nicht anpassen kann. Nächstfolgend muß der Staat, und zwar baldigst, gegen jeden Privategoismus vorgehen und die Anpassung aller Steuern an die Geldentwertung mit größter Schnelligkeit durchführen. Durchgeführt ist diese ja bei der Einkommensteuer, soweit sie durch Abzug von Lohn und Gehalt herbeigeführt wird. Die kürzlich vom Reichstag beschlossene Vervielfachung der Einkommensteuer bei Selbstbeschäftigung und bei der Körperschaftsteuer entspricht schon längst nicht mehr den durch die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen.

Wenn man schon bei Beamtengehältern, bei den Verlehrsrenten und vielfach auch bei den Arbeiterlöhnen von Staats wegen vor der Mark flieht, so muß versucht werden, den Grundgedanken der Werbefähigkeit auch auf die Steuerzahlung auszuwenden. Das bedeutet natürlich die letzte Schansekarte auf den Sarg der Papiermark, bedeutet aber auch nur einen konsequenten Fortschritt auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege. Vieles hat ja auch der Kleinhändler den Schritt zur Goldwährung bereits getan, und es ist nicht einzusehen, warum der Staat der einzige Selbsttragende sein soll. Die Rückkehr zu der Werbefähigkeit auf allen Gebieten, also die Abschaffung, wenigstens die tatsächliche Abschaffung der Papiermark, auch offiziell, hat aber auch gewisse außenpolitische Wirkungen, die nicht unterschätzt werden sollen. Die Forderung des uns

wohl- oder wenigstens nicht unwillkürlichen" Ausstandes in es ja immer gewesen, daß wir unsere Währung in Ordnung bringen sollen. Überflüssig zu sagen, daß das nicht möglich ist, ohne daß die Reparationsfrage vernünftig geregelt, vor allem aber das Ruhrgebiet befreit wird. Auf die Einwände unsererseits hat man aber im Auslande bisher so gut wie gar nicht gehört; darum ist es uns wertvoll, daß die „Times“ jetzt endlich selbst zugeben müssen, eine wirkliche Reform der deutschen Währung sei nicht möglich, solange das Ruhrgebiet nicht in unseren Händen ist.

Trotzdem ist der Versuch, die deutsche Währung durch Umstellung auf die Goldmark zu reformieren, innerlich als Dokumentierung unseres guten Willens zu bewerten. Wir überschätzen diese Bewegung hinsichtlich ihrer außenpolitischen Wirkung keineswegs, aber nicht bloß das Auslande, sondern vor allem das Inlande verlangt, daß überhaupt etwas geschieht. Das Chaos, in dem wir uns zurzeit befinden, wirkt auch innerpolitisch verheerend, weil es den Blick ablenkt von dem stärksten Hilfsmittel, von der Notwendigkeit, durch Steigerung der Produktion die Währung wieder hochzubringen, wie es das dringende Gebot der Stunde ist. Die Sorgen des Alltags sind zu stark, sind härter als die ruhige Überlegung, und werden überwältigend, wenn — nichts geschieht.

Wir sind nun einmal auf dem Wege zur Umstellung unserer Währung auf die Goldmark ein ganzes Stück vorwärts gegangen; wir verhehlen uns nicht, daß ein Fortschreiten auf diesem Wege zu großen, noch größeren Erschütterungen als bisher, führen wird; aber besser als das Sichtvertrauen ist immer das Handeln gewesen. Dieses Handeln hat seine Berechtigung, wenn es uns hilft, über die Zeit hinwegzukommen, bis die ganze Reparationsfrage geregelt ist.

### Eine Warnung des Hamburger Handels.

Der Hamburger Ausschuss für Freiheit des Außenhandels veröffentlicht eine Kundgebung, in der er erneut die Befreiung der Devisenverordnungen und der Außenhandelskontrolle fordert und weiterhin sagt: Die Regierung hat den ihr von ihren Vorgängern vorgezeichneten Weg bis zu einem Punkt gehen müssen, wo bereits der nächste vorwärts offene Weg sich zeigt und damit die Befreiung der deutschen Kreditfähigkeit bringen muß. Denn es beweist nicht mehr und nicht weniger als die Untergrabung des letzten Kredit, wenn eine finanziell auf ungedeckter Notenausgabe beruhende Regierung bei ihren produktiv arbeitenden Bürgern durch moralischen und materiellen Druck Goldkredite zu erzwingen sucht, deren Erlös zugunsten der Devisenkontrolle bestimmt ist, ohne Erzeugung von Gegenwerten, verpuffert zu werden, um den Anschein einer in Wirklichkeit nicht vorhandenen Stabilität auf Kosten des Arbeitsergebnisses der eigenen Bürger vorübergehend vorzutäuschen. Zum Schluß wird in dieser Kundgebung davon gesprochen, daß an uns jetzt vielleicht ein letztes Mal die Schicksalsfrage gestellt ist, ob wir als lebende, d. h. arbeitsfähiges Volk Freiheit und eigenes Dasein uns erkämpfen wollen, oder ob wir vorziehen, unter dem lähmenden Einfluß der Mächte vom November 1918 endgültig in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu geraten.

### Marktvernichtung in London.

**Pfundauskäufe durch Deutsche?**  
Die Londoner Mittwochsbörse zeigte große Unlust und Unsicherheit. Vor allem gab ihr die weitere Abschwächung der deutschen Mark eine eigentümliche Note; ihre Bewertung sank von 1 Million 750 000, zu denen sie am Vortage notiert wurde, auf 2 Millionen 750 000 für das Pfund, also um eine ganze Million. Auch die französische, belgische und italienische Währung schwächten sich ab.

Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der englische Minister im Schoenamt, die deutsche Regierung verfüge in englischen industriellen Unternehmungen über keine disponiblen Kredite. Wenn deutsche Privatpersonen bei englischen industriellen Unternehmungen aber Kredite verfügbar, so handele es sich um Kredite für die Beschaffung von Waren oder Rohstoffen. Die englische Regierung könne nicht nach diesen Guthaben greifen, um sie den Reparationen zuzuführen. Der deutschen Regierung würde es zuzufügen, Guthaben deutscher Staatsangehöriger bei ausländischen Banken zu mobilisieren, um sie den Reparationen dienlich zu machen. Ein Abgeordneter behauptete, die deutschen Bankguthaben in England bezifferten sich auf viele Millionen Pfund Sterling. Der Schatzkanzler erklärte, davon keine Kenntnis zu haben.

Die „Times“ beschäftigen sich ausführlich mit den sensatollen Vorgängen an der Londoner Börse, die zu dem neuen

zweimann der Markt genügt haben. Das Blatt teilt mit, daß Mark lieferbar in drei Monaten, also per Ultimo Oktober, mit 6 Millionen für das Pfund, lieferbar per Ultimo September mit 5 200 000 und lieferbar per Ultimo August mit 4 Millionen verkauft worden sind. Londoner Bankiers erklären, daß diese Markverläufe von kleinen Londoner Maklern im Auftrage Amsterdamer Agenten deutscher Kohlenimporteure vorgenommen worden sind, um koste es, was es wolle, sich jetzt bereits mit Pfunden einzudecken, die zur Bezahlung der im Herbst erforderlichen Kohleneinfuhr aus England dienen sollen.

### Das Ende der Verkehrsperre.

Der Zugverkehr wieder im Gange.  
Am Donnerstag, früh 4 Uhr, ist die Verkehrsperre an der Grenze des besetzten Gebietes an den verschiedensten Orten aufgehoben worden. Die Anordnung der Aufhebung ist offenbar noch nicht bei allen lokalen Behörden eingetroffen, doch nimmt man an, daß der normale Zustand bald in vollem Umfang wieder eingekehrt haben wird. Der Eisenbahnverkehr an den Grenzen des Ruhrgebietes, in Ludwigshafen, Magaz, Offenburg usw. ist bereits schrittweise im Gange. Die Stempel auf den Ausweisen der Bewohner für den Grenzverkehr behalten ihre Gültigkeit, dagegen sind die Gültigkeitscheine zur Einreise, die vor dem 2. Juli ausgestellt waren, für ungültig erklärt worden.

Nach einer Verfügung des belgischen Kreisdelegierten wird der Stempel für die Ausreise in das unbesetzte Deutschland bis zum 15. August nur erteilt, wenn ernste Gründe vorliegen, die die Anwesenheit des Antragstellers im unbesetzten Gebiet in Handels-, Industrie- oder privaten Angelegenheiten erfordern. Damit ist praktisch die am 26. Juli abgelassene Grenzperre, wenigstens für den Nachener Bezirk, bis zum 15. August verlängert.

### Lebenslängliche Zwangsarbeit.

Das belgische Kriegsgericht in Aachen verhandelte in der Berufungsinstanz gegen vier Deutsche, und zwar den Grafen Keller, Ludwig, Schulze, Egon Hingenberg und Kurt Lorbeer, von denen die drei ersteren wegen Sabotageversuchs zum Tode, Lorbeer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden waren. In der Verhandlung wurde das Urteil gegen die drei ersteren in lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen Lorbeer in 20jährige Zwangsarbeit umgewandelt.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Der Reichsjustizminister zur Flucht Ehrhardts.

Reichsjustizminister Dr. Heinze hat jetzt zu den Angriffen, die die sächsische Regierung und der Vorwärts gegen ihn und den Präsidenten des Staatsgerichtshofes Dr. Schmidt wegen der Flucht Ehrhardts gerichtet hatten, Stellung genommen. Er stellte fest, daß die Reichsregierung sich in gewissenhafter Achtung der Befehle jeglichen Eingreifens in das schwebende gerichtliche Verfahren gegen Ehrhardt enthalten hat. Der in der Presse mehrfach genannte Better Ehrhardt, der Kaufmann Karl Ehrhardt in Hamburg, ist sowohl dem Reichsjustizminister wie dem Reichsjustizminister persönlich unbekannt. Jedenfalls aber hätte die sächsische Regierung der Überwachung des Gefangenen die nötige Aufmerksamkeit widmen müssen. Das ist nicht geschehen, und nur so konnte die Flucht Ehrhardts gelingen. Abriegen haben die bisherigen Ermittlungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Karl Ehrhardt mit der Flucht seines Betters im Zusammenhang steht.

#### Kleiner Anteil bei der Goldanleihe.

An die Bestimmungen für die Reichsgoldanleihe wird die letzte Hand angelegt. Um möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit zur Zeichnung auf diese wertbeständige Reichsanleihe zu geben, wird man vermutlich unter den bisher vorgeschlagenen Mindestsatz von fünf Dollar Gegenwert heruntergehen und den kleinsten Anteil wesentlich niedriger ansetzen. Die Vorlage wird sofort dem Kabinett zugehen und die Anleihe nach der Genehmigung bald aufgelegt werden. Eine Beratung im Reichstage wird nicht erfolgen.

#### Baldige Einberufung des Reichstages.

Nach den Besprechungen, die der Reichstagspräsident mit der Regierung und den Parteiführern hatte, wird der Reichstag im Laufe des Monats August einberufen